

Dresdner Volkszeitung

Haupt- und Verlagsort: Leipzig.
Adress: No. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Haupt- und Verlagsort:
Gedr. Wenzel, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren monatlich 2 00 M. Durch die Post bezogen wöchentlich 6 00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 6 00 M.
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 26 261.
Erscheinungszeit: nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 26 261.
Verlagszeit: von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Inseratenpreis: die 7 gespaltene Komposition 50 Pf., darauf 40 Prozent Anzeigenpreis, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag). Inserate sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an bestimmten Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefwechselung 20 Pf.

Nr. 206a.

Dresden, Sonntag den 7. September 1919.

30. Jahrg.

Deutschösterreichs Protest.

Renners Bericht.

Wien, 6. September. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung feierlichste Staatskanzler Renner in seinem Bericht über die Friedensbedingungen des Landes, der sich im ganzen über die Friedensbedingungen zwischen dem ehemaligen und dem revolutionären Österreich verhalten habe. Die Friedensabteilung müge in der abstrakten Fiktion des ursprünglichen Entwurfs einen klaren Kampf führen, dessen Ergebnis in dem Friedensvertrage portiert. Die rechtliche Fiktion der ehemaligen Reichsmonarchie Österreichs wird zwar juristisch aufrechterhalten, aber die daraus abgeleiteten praktischen Folgen sind zum Teil ganz beseitigt, gebrochen und zum Teil geändert. Dennoch bleibt die aufgeschobene Last ungeheuerlich.

Jeder deutschösterreichische Staatsbürger empfindet, daß und durch die Auseinandersetzung mit den Nationalitäten unsfähiges Unrecht geschieht. In Widerspruch der territorialen Bestimmungen erklärte der Staatskanzler, daß der geführte Kampf der Friedensabteilung um das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen in Österreich in der Hauptsache ohne Erfolg geblieben sei. Die vorher getroffenen von allen Parteien geschlossenen Verträge bildeten hier ein unüberwindliches Hindernis. So konnte es, daß die im Entwurf vorgesehenen nationale Abgrenzung jeder Grundfähigkeit nicht durchzuführen. Es gebe keinen Deutschen, der die Bestimmung der Subethnischen und der Alpenländer nicht als

nachte Vergewaltigung

empfinden würde. (Wohlfahrter Beifall.) Die Aufhebung der Völkervereinigung im Süden bedeute ein Schneidendes Schwert mitten im Herzen des Tiroler Volkes, das seine Heimat und die Einheit dieser Heimat über alles liebt. Auch das sei ein Unrecht, das kein Volk jemals vergessen könne. (Beifall.) Nur in Bezug auf die Volksabstimmung im südtiroler Räumlichkeiten und bezüglich eines Teils der Wohngebiete werde das Selbstbestimmungsrecht gewahrt. Der Friedensvertrag lege die bittersten nationalen Opfer auf. Jedes Herz sei darüber voll Trauer und von Bitterkeit erfüllt. Alle Herzen seien jetzt heute in dem Wunsche, möge der Völkervereinigung, auf dem wir hoffen müssen, dessen Zusammentritt, dessen Zusammenführung, dessen gerechte Fälligkeit in unsern Augen wesentliche Voraussetzung für die Gerechtigkeit und den Bestand des Friedensvertrags von St. Germain II. möge dieser Völkervereinigung das Unrecht, das St. Germain I. geschaffen hat, wieder aus der Welt schaffen. Das nationale und politische Ergebnis des Friedens von St. Germain II. ist auch, daß unter Staatsbesetzung „Deutschösterreich“ nicht mehr den Tatsachen entspricht. Infolge der Trennung der Subethnischen von den Alpenländern der italienischen Staat seinem Wesen nach unannehmbar eine Republik der Deutschen Alpenländer, die durch ihre Lage und ihre ökonomische Verbundenheit von selbst gehalten ist, eine Politik des Friedens und der Freundschaft mit allen Völkern zu machen, aber mit dem gewaltigen Unterschiede, daß wir durch den Krieg besetzt und nur ein Bruchteil von einem Wirtschaftskörper sind. Das Selbstbestimmungsrecht, das Gefühl, als Fremden nicht selbstständig leben zu können, sondern nur zusammen mit unsern Nachbarn, das Gefühl der nationalen und kulturellen Gemeinschaft mit den Deutschen des Reiches bestimmte die Nationalversammlung, zweimal feierlich den Beschluß an das Deutsche Reich zu verhängen. Es gehört zu meiner schmerzlichen Pflicht, dem Hause mitzuteilen, daß der Friedensvertrag und die Freiheit dieser Beschließung nicht. Wir müssen versuchen, zunächst allein zu stehen. Da wir es müssen, müssen wir es auch wollen. Aber auch in dieser Frage soll der Völkervereinigung mit dem deutschen Vaterlande

das Ideal der Vereinigung mit dem deutschen Vaterlande kann nur dazugehen werden im Wege der Verhandlungen mit dem Völkervereinigung, im Wege der Überzeugung der Gewöhnlichkeit von der Notwendigkeit dieses Anschlusses. Ich bin nicht demüriert, über die künftige Politik Deutschösterreichs nachzudenken, aber ich beuge die persönliche Überzeugung, daß Deutschösterreich diesen Weg zur gegebenen Zeit unter den gegebenen Umständen in sozialer Weise beschreiten wird. Die deutschen Alpenländer sollen nach dem Friedensvertrage unter dem Namen

„Republik Österreich“

die völkerrechtliche Anerkennung finden. Ich glaube, daß da die schlimmsten Folgen, die aus der Fiktion der Reichsmonarchie abgeleitet werden, beseitigt sind, die deutschen Alpenländer diesen Namen auch auf sich nehmen können, aber mit dem klaren Vorbehalt und Vorbehalt, daß dieser unser Staat ein neues, freigelegenes, freibewegliches Staatswesen ist, das mit den sogenannten völkervereinigten Staaten nichts zu tun hat. (Wohlfahrter Beifall.) Der Staatskanzler empfiehlt schließlich der Nationalversammlung, gemäß dem Beschlusse des Ministerrats den Vertrag zu unterzeichnen, und schloß: Darum erwünscht und der unmittelbaren Vorteil, daß der Staat und seine Staatsform völkerrechtlich anerkannt wird sowie der Vorteil, daß der empfindlichen Ungewissheit und der moralischen, politischen und sozialökonomischen Unsicherheit endlich ein Ende bereitet werde. Wir können wieder den Krieg wieder aufnehmen, nach können wir weiter leben in dem Zustande, in dem wir uns befinden. Bringen Sie das Opfer und schließen Sie die Vergangenheit ab. Mögen Sie und den Weg in die Zukunft weisen. (Wohlfahrter Beifall und Jubelstößen.) Der christlichsoziale Abgeordnete Danker legte namens des Hauptauschusses einen Beschlusstrat vor, wonach der Bericht des Staatskanzlers zur Kenntnis genommen und vor aller Welt feierlich dagesagt wurde, daß der Friedensvertrag von St. Germain unter dem Vorwande, die Unabhängigkeit Deutschösterreichs zu schaffen, dem deutschösterreichischen Volke das Selbstbestimmungsrecht nimmt und ihm die Erfüllung seines Selbstbestimmungsrechtes, seine wirtschaftliche, kulturelle und politische Lebensnotwendigkeit, die Vereinigung Deutschösterreichs mit dem deutschen Vaterlande, verweigert. Die Nationalversammlung spricht die Hoffnung aus, daß der Völkervereinigung, sobald der Friede den Geist nationaler Geschlossenheit und Heimlichkeit, den der Krieg hervorgerufen hat, überwunden haben wird, auch dem deutschen Volke

das Recht auf Einheit und Freiheit

der Nation, das er allen andern Völkern erstreckt, nicht dauernd verweigern werde. Die Nationalversammlung protestiert ferner gegen die gewalttätige Korbweidung der 3 1/2 Millionen Subethnischen und Alpenländer und ihre Unterwerfung unter die Fremdherrschaft eines Volkes, das sich selbst im Friedensvertrage als Feind bekant. Die geschuldete Verantwortung für diesen Beschluß legt die Nationalversammlung auf das Gewissen jener Mächte, die ihn trotz unserer ernsten Mahnung ausführen. Die Nationalversammlung erhebt weiter vor der gesamten Kulturwelt Klage und Protest über die Abtrennung der Deutschen Südtirols von ihrem einheitlichen Heimatlande Tirol und den übrigen Deutschen der Alpenländer und damit von ihrer Nation. Sie weist anlässlich ihres Beschlusses, das Land militärisch zu neutralisieren, den zur Erklärung der Annexion angeführten Scheingrund einer möglichen militärischen Grenzicherung zurück, den übrigens auch die Wehrlosigkeit und Machtlosigkeit unseres verarmten Staats als ungenügend erweisen läßt. Sie erwartet, daß der Völkervereinigung das unannehmbar Unrecht, das an den Subethnischen, an Deutschösterreich, sowie an wichtigen Teilen Südtirols, Steiermarks und Kärntens verübt werden soll, ehestens wieder gutgemacht werde und entscheidet den abgetrennten Volksgenossen in Nord und Süd höchsten Segenswunsch für die kommende Zukunft. Die Nationalversammlung nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, daß die alliierten und assoziierten Mächte den Anspruch der Vereinigung Deutschösterreichs mit den deutschen Alpenländern

anerkannt haben. Die Nationalversammlung entnimmt der Antwort der alliierten und assoziierten Mächte die Zusicherung, daß sie willens seien, unsere außerordentlichen Bedürfnisse Rechnung zu tragen und die notwendigste Erleichterung zu sichern. Sie ist bereit, das Möglichste zu leisten, die Vergangenheit abzulehnen und sich eine neue Zukunft unter den Völkern zu eröffnen. Doch hält die Nationalversammlung einen großen Teil der wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen für unannehmbar und befürchtet, daß unser Volk sie einfach nicht ertragen kann. Dennoch bleibt ihr keine Wahl. Die Nationalversammlung muß dieser Annahme lieber Rechnung tragen, obwohl sie den Frieden von St. Germain für national ungerecht, politisch verhängnisvoll und wirtschaftlich unannehmbar hält. Politisch und national muß sie die Verantwortung den alliierten Mächten überlassen. Wirtschaftlich muß sie abwarten, welche Pläne die Mächte für die Durchführung der wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen haben. Sie erwartet, daß die in der Antwort gegebenen Zusicherungen von den Mächten erfüllt werden. Sie sieht im Völkervereinigung jene Lösung, die berufen sein wird, auch unser Republik ihr Recht zu übergeben und dauernd zu sichern, und beauftragt den Staatskanzler, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Die Nationalversammlung nahm noch längerer Debatte den vom Hauptauschusse vorgelegten Beschlusstrat an, monoch gegen die Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes Deutschösterreichs durch den Friedensvertrag protestiert und der Staatskanzler beauftragt wird, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Der Protest wurde einstimmig und der Antrag an den Staatskanzler zur Unterzeichnung mit 97 gegen 23 Stimmen angenommen.

Clemenceau bleibt hart.

Genf, 6. September. Komme Ihre meldet, daß die Verbündeten ihre Forderung nach Streichung des Anschlußparagraphe in der deutschen Reichsverfassung aufrechterhalten.

Die Kartoffelversorgung.

Das Reichernährungsministerium erließ unter dem 4. September d. J. eine Verordnung über die Bewirtschaftung der Kartoffeln im laufenden Wirtschaftsjahre. Die öffentlichen Bewirtschaftung, insbesondere die Vorschriften über Sicherstellung und Lieferung bleiben aufrechterhalten, da bei Freigabe des Handels erhebliche Preissteigerungen und in deren Gefolge Lohnkämpfe und Unruhen unausbleiblich eintreten. Die gesamte Ernte mit Ausnahme der Selbstversorgung und der Wirtschaftsmengen ist wie bislang sicherzustellen. Die Bodenration beträgt 7 Pfund, dazu von November bis Januar 2 Pfund Zulage. Die unmittelbare Einbindung auf Bergschäden ist wesentlich erleichtert. An Saatgut sind 10 Zentner pro Morgen zugelassen. Festsetzung der Schwundprozente bleibt nach Maßgabe des Ernteaufhaltes vorbehalten.

Es ist sehr erfreulich, daß das Reichernährungsministerium sich durch das Gebot der Interessenten nicht hat bremsen lassen und an der öffentlichen Bewirtschaftung der Kartoffeln festhalten will. Erreutlich ist es auch, daß in den Monaten November bis Januar pro Woche 2 Pfund Kartoffeln als Zulage ausbezogen werden sollen. Goffentlich ist es dem Reichernährungsministerium möglich, auch in den folgenden Monaten diese Zulage von 2 Pfund pro Woche zu gewähren. Dazu wird es vorwiegend im Interesse sein, wenn dafür gesorgt wird, daß nicht zu viel Kartoffeln in den Tiermägen verschwinden und wenn nicht der Mangel an Transportmitteln die Beförderung der Kartoffeln in die Städte und Industriebezirke zu sehr erschwert.

Utopie, Busschismus und Sozialismus.

Der Sozialismus ist als Ganzes und System keine neue Erscheinung. Der englische Reichskanzler Morus, der Zeitgenosse Lutbers, war der erste Prediger der neueren, über die menschliche hinausgehenden, sich auf die gesamte Staatsbevölkerung erstreckenden Gemeinwirtschaft. Von jenem im Kopfe ausgefälligen Zukunftstaat, den er Utopia nannte, haben alle ähnlichen Gedankengebilde und Phantasiestaaten den Namen „Utopien“ erhalten. Auf des Morus' Wege sind dann noch viele gegangen: Campanella, Morell, Rabin, Rousseau, Saint-Simon, Fourier und andre haben noch rein utopische Systeme der Staats- und Volkswirtschaft aufgestellt, ohne unter dem Volke oder den Gebildeten Anhänger zu finden. Owen in England, Cabet, Proudhon, Blanc in Frankreich haben sich dann, als die Verhältnisse reifer geworden, möglich erziehenden Zielen zugewendet und Streben gewonnen; aber auch ihnen fehlte noch das politische und soziale Gefühl der Masse und damit der praktische Erfolg. Deshalb suchten bereits Babeuf und seine nur erst wenig Bekanntheitsgenossen zur Zeit der großen französischen Revolution, Barbès und Blanqui gegen die Mitte des 19. Jahrhunderts in Frankreich, Weitling und die Kommunisten um die gleiche Zeit in Deutschland durch geheimbündlerisch vorbereitete, plötzlich ausbrechende gewalttätige Putsch die Regierungsgewalt in die Hände zu bekommen, um dann die Diktatur des Proletariats, die Diktatur einer Minderheit, auszurufen, die Massen mit sich fortzureißen und sozialistische Einrichtungen den andern Klassen der Gesellschaft aufzubringen. Man glaubte, die Herrlichkeit des Sozialismus, der einfach durch einen Rechtspruch herbeizuführen sei, werde sofort die große Masse der Bevölkerung, die ja immer arm war, für sich gewinnen.

Aber wie ihr Staatsystem hat sich auch diese Hoffnung der alten Sozialisten als utopisch erwiesen; es zeigte sich, daß der Sozialismus sich nicht so leicht gewalttätig und blutig, weder in die Gesellschaftsverhältnisse noch in die Köpfe der Menschen hineinbringen ließ. Die Beharrlichkeit des Denkens, in dem man aufgemacht, zeigte sich in ihrer ganzen rückständigen Macht. Man hielt die entzweiigten und ausbrüchlichen Menschheitsbegleiter für Narren, zum Teil recht bössartige und schädliche. Das hat nach bis in die neueste Zeit nachgewirkt.

Mary und Engels huldigten 1847 solchen utopischen Anschauungen nicht mehr, aber sie nutzten im damals erschienenen „Kommunistischen Manifest“ ihrer kleinen Parteigenossenschaft wie denjenigen, die sie erst gewinnen wollten, einigemmaßen entgegenkommen, um sie nach und nach in die Klarheit zu führen. Sie haben ihre geringen Konzeptionen an den Utopismus später zurückgenommen, als die Arbeiterklasse so weit war, einzufehen, daß man wirtschaftliche Einrichtungen einer Gesellschaft nicht ohne weiteres aufpropfen kann, sondern daß diese, Einrichtungen wie Menschen, für jene erst reif, ausnahmefähig geworden sein müssen. Darum hat Marx auch später die „Diktatur des Proletariats“, die die alten Revolutionäre sie ausriefen, verworfen und diese Diktatur nur als eine demokratische der Mehrheit über die Minderheit aufgeföhrt. So hat er selbst alle „friedlichen“, auf Demokratie gestützten Maßnahmen, sofern sie gegen die wirtschaftlichen Entwicklungsgehalte verstoßen, verworfen. So des Franzosen Proudhon kleinbürgerliche Zuspätkant, die, als sie trotzdem ins Leben gerufen werden sollte, schon in den Anfangen bankrott machte — so die von Kassele gewünschten Produktivassoziationen mit Staatskredit, da sie innerhalb einer undemokratischen bürgerlichen Gesellschaft gegen die Macht des privaten Kapitals gehalten immer zueingest und unfruchtbar bleiben und so kontrarevolutionär wirken müßten.

Und auch heute, wo wir in Deutschland die denkbar ausgebreitetste Demokratie und Autonomie des Volkes besitzen, aber leider noch nicht die nötige politische Einsicht und das hohe staatsbürgerliche Pflichtbewußtsein in den Massen, ohne das jene leicht zum Verderben ausschlagen können (man denke nur an die Hunderttausende von Frauen, die, obwohl der Sozialismus erst ihnen das Wahlrecht gegeben, doch gegen diesen stimmten oder indifferent den bürgerlichen Gegnern das Feld überließen), ist noch nicht alles durchführbar und möglich, ist noch vieles „utopisch“, was an sich wünschbar und denkbar ist. Aber das füllt die große Masse der Hoffungsreichen und Vergeblischen nicht. Da ist es denn kein Wunder, wenn Redner der Kommunisten, Spartaisten, Syndikalistischen und der (von der Vernunft) „Unabhängigen“, die ein paar Schlagwörter, wie Freiheit, Gleichheit, Sozialisierung, Enteignung der Kapitalisten, in eine Versammlung hineinwerfen, das Manne vom Himmel verprechen, den rasendsten Beifall finden, und wenn Bewußtste, die auch an die Schwierigkeiten erinnern, niedergebrellt werden. Denn wer in Not steht — und wer leugnet die gegenwärtig etwa? — ist natürlich für glänzende Zukunftsbilder, beruhigende Phantasien und Verprechungen, mögen sie noch so lustig sein, am meisten, für vernünftige Überlegung am wenigsten zugänglich.

Die politisch demokratische und wirtschaftlich sozialistische, durch den Marxismus erzeugte und wissenschaftlich gebildete Arbeiterklasse ist im vorrevolutionären Deutschland nur eine